

Fritz: Drohungen waren Rücktrittsgrund

WARTH. Die kleine Walsergemeinde Warth dürfte dieser Tage Vorarlberger Politikgeschichte schreiben. Denn zum ersten Mal haben alle Gemeindevertreter einer Ländle-Kommune ihre Funktionen zurückgelegt. Selbst Otmar Müller, Jurist beim Gemeindeverband, ist ein ähnlicher Fall nicht bekannt.

Am Freitag gab „Nachbürgermeister“ Gebhard Fritz weitere Details, die zu diesem Eklat im beschaulichen Bergdorf führten, bekannt. Unüberbrückbare Differenzen beim räumlichen Entwicklungskonzept hätten Drohbriefe gegen die Gemeinde nach sich gezogen.

Laut Fritz hätten Grundbesitzer damit gedroht, Wanderer und Wintersportler den Zugang zu ihren Grundstücken zu verwehren. Das Problem: Viele Pisten, Skiabfahrten, Loipen, Rodelbahnen oder Wanderwege wären nicht mehr benutzbar. Fritz zeigt sich jedoch erleichtert darüber, dass er den Sessel des Gemeindechefs räumen kann: „Meine Schlussfolgerung aus dem Ganzen: Ich werde mich aus der Politik zurückziehen und bei den Neuwahlen nicht mehr kandidieren.“

Otmar Müller, erklärt, wie es nach dem „gesammelten Rücktritt“ weitergeht: „Die Landesregierung muss einen neuen Wahltermin festlegen.“ Nach Einschätzung des Juristen dürfte dieser relativ rasch bekannt gegeben werden. Spätestens in drei Monaten werden die Warther aufgerufen sein, ihre Stimme abzugeben.

Schneller könne eine neue Gemeindevertretung nicht gewählt werden, da Fristen eingehalten werden müssen. Müller betont, dass alle Funktionäre bis zur Neuwahl in ihren Ämtern bleiben. Somit steht Warth auch in den kommenden drei Monaten nicht ohne politische Führung da.

DUNJA GACHOWETZ

E5-KOMMUNEN



Vision Rheintal: Unter den Erwartungen geblieben

Nach der Prüfung fordert Landesrechnungshofdirektor Herbert Schmalhardt, dass das Land die Fördermittel konsequenter einsetzen solle.

Ein eher mittelmäßiges Zeugnis gab es für die Verantwortlichen des Raumplanungsprozesses „Vision Rheintal“ von Rechnungshofdirektor Herbert Schmalhardt. Dieser gestand zwar „interessante Ansätze“ zu, die Ergebnisse seien aber unter den Erwartungen geblieben. Schmalhardt bemängelte insbesondere fehlenden Mut bei

der Umsetzung und trug dem Land auf, seine Fördermittel konsequenter einzusetzen.

Der Beteiligungsprozess „Vision Rheintal“ wurde 2004 ins Leben gerufen, weil aufgrund der rasanten Siedlungs- und Verkehrsentwicklung in den 29 Vorarlberger Rheintal-Gemeinden dringender Bedarf in punkto Raumplanung bestand. „Vision Rheintal“

sollte ein Instrument sein, die Problemsituation gemeinsam zu bewältigen. Man habe allerdings nach der ersten Projektphase den raumplanerischen Fokus aus den Augen verloren, stellte Schmalhardt fest. Anstatt mehr Verbindlichkeit zu erreichen, sei das Projekt auf der Ebene der Themenaufarbeitung verblieben.